

W NORDAMERIKANISCHE WOCHEN-POST

TIME VALUE MAIL! Please do not delay!

Einzelpreis US\$1.75



Verandt am 7.02.06

151st Year - No. 23 5696 • Sunday, Feb. 05 - Saturday, Feb. 11, 2006

NEWSPAPER PUBLISHED IN THE GERMAN LANGUAGE

Stand vom Montag
1 US \$ = 0,835Euro
1 Euro = 1,197US\$

Das ideale Geschenk
Bestell-Coupon auf
Seite 2

„Miss Germany“ 2006
Seite 4

Deutsche Bank im Steiflug
Seite 8

Sechster Deutscher in der Formel 1
Seite 11

NACHRICHTEN

Scotland Yard sucht Mitglieder der Waffen-SS

London - Die britische Polizei hat eine bereits aufgelöste Spezialeinheit zur Suche nach in Großbritannien lebenden Nazi-Kriegsverbrechern wieder aktiviert. Ein achtköpfiges Team von Scotland-Yard ermittelt wieder gegen ehemalige Angehörige der Waffen-SS.

Fischer in Sorge

Frankfurt - Die größte Gefahr für den Frieden in Europa stellt nach Ansicht von Ex-Außenminister Joschka Fischer der Nahe Osten dar. Fischer sprach anlässlich des 35-jährigen Bestehens der Frankfurter Karl-Marx-Buchhandlung. Im Iran wie auch in Israel entwickle sich eine Situation, die die „Sicherheit in Europa ganz unmittelbar berührt, wie wir es alle bislang nicht für möglich gehalten haben“. Er erwarte schon bald ernste Konfrontationen.

Kenias Regierung kauft Luxus-Autos

Nairobi - Die Regierung Kenias hat seit ihrem Amtsantritt vor drei Jahren Regierungsgelder in Millionenhöhe für den Kauf privater Luxus-Autos ausgegeben. Für die Summe hätte das Land 25 000 Kinder acht Jahre lang zur Schule schicken oder 147 000 HIV-Infizierte ein Jahr lang behandeln können, hieß es in einem jüngst veröffentlichten Bericht der staatlichen Menschenrechtskommission und von Transparency International.

Anschlag auf ICE nach Frankfurt

Oberhausen - Auf einen ICE von Amsterdam nach Frankfurt haben unbekannte Täter Sonntagabend einen Anschlag verübt. Der Zug fuhr bei Oberhausen mit 130 Kilometer pro Stunde über eine auf den Schienen befestigte Metallplatte, wie die Bundespolizei mitteilte. Die 230 Fahrgäste blieben unverletzt, der Zug wurde aber so beschädigt, dass er nicht weiterfahren konnte.

Kuh vom Eis geholt

Stolberg - Die Polizei im nordrhein-westfälischen Stolberg hat im wahrsten Sinne des Wortes eine Kuh vom Eis geholt. Das Tier war von seiner Weide in den teilweise zugeeisten Fluss Inde hinuntergestiegen und kam nicht mehr heraus. Gemeinsam mit Feuerwehrleuten gelang es den Polizisten, die Kuh zu retten.

PERIODICALS MAIL

Bangen in Deutschland - Kein Lebenszeichen von Irakgeiseln

Berlin (dpa) - Nach Ablauf des Ultimatums gibt es kein neues Lebenszeichen von den beiden im Irak verschleppten Deutschen. Auch rund zwei Wochen nach der Geiselnahme konnten deutsche Behörden keinen direkten Kontakt zu den Entführern herstellen. Vertreter muslimischer Verbände in Deutschland forderten am Sonntag eine sofortige Freilassung von René Bräunlich (31) und Thomas Nitzschke (28). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wies unterdessen Forderungen der Geiselnahmer nach einem Abbruch der Beziehungen zum Irak indirekt zurück. In der Heimatstadt Leipzig bangten die Menschen um das Leben der Entführten.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hofft, dass sein TV-Appl an arabischen Nachrichtensender Al-Dschasira an die irakischen Entführer zur Freilassung der Deutschen führt. „Wir haben über viele Tage versucht, Kontakt zu den Tätern aufzunehmen. Das ist uns nicht gelungen“, sagte er am Sonntag im Deutschlandfunk. Bei den Bemühungen erfährt die Bundesregierung Steinmeier zufolge auch Unterstützung in der arabischen Welt. „Ich freue mich, dass die Arabische Liga sich in den letzten Wochen sehr kooperativ gezeigt hat.“ Sie habe einen Appell an die Entführer ausgesandt, die Deutschen freizulassen.

Aus Sicherheitskreisen in Bagdad hieß es, die irakische Polizei habe die Suche nach den Männern aus Leipzig noch nicht aufgegeben. Ein Sprecher, der seinen Namen nicht veröffentlicht sehen wollte, sagte am Sonntag: „Die Sicherheitsbehörden und die Polizei unternehmen große Anstrengungen, um das Schicksal der ausländischen Geiseln aufzuklären, zu denen auch die deutschen Ingenieure gehören.“

Muslime in Deutschland verurteilten unterdessen erneut die Tat im Irak. „Lassen Sie die Geiseln sofort frei“, forderte Ali Kizilkaya, Vorsitzender des Islamrats für Deutschland, in der „Bild am Sonntag“. Nadeem Elyas, scheidender Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, sagte der Zeitung: „Es gibt keine Vernunft auf der Welt, die eine Entführung rechtfertigen kann.“ Und der Präsident der Türkischen Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB), Ridvan Cakir, sagte: „Die Entführung hat mit dem Wesen unserer Religion nicht das Geringste zu tun.“

Die Kanzlerin sagte während der Sicherheitskonferenz in München, Deutschland werde weiter den Aufbau einer Demokratie im Irak unterstützen. Außerhalb des Landes würden Polizisten von deutschen Sicherheitskräften ausgebildet. Deutschland leiste erhebliche finanzielle Unterstützung.

In einem am vergangene Woche ausgestrahlten Video hatten die Kidnapper mit der Ermordung der beiden Männer aus Leipzig gedroht und zur Erfüllung ihrer Forderungen ein 72-Stunden-Ultimatum gestellt. Die Männer waren am 24. Januar verschleppt worden. Die Geiselnahmer verlangen unter anderem die Schließung der deutschen Botschaft in Bagdad, den Abzug aller deutschen Firmen aus dem Irak sowie ein Ende der Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der irakischen Regierung.

Die Anteilnahme der Leipziger am Schicksal der beiden Entführten aus ihrer Stadt ist ungebrochen. ▶ Seite 2



Eine junge Frau hält mit ihrem Kind am Sonntag an der Mahnwache für die im Irak entführten deutschen Ingenieure René Bräunlich und Thomas Nitzschke vor der Leipziger Nikolaikirche zwei brennende Lichter. Foto: Walteraud Grubitzsch dpa

Karikaturen-Streit:

Verständnis für Empörung und Warnung vor Gewalt

Berlin (dpa) - Bundesregierung und Parteien haben Verständnis für die Kritik an den Mohammed-Karikaturen geäußert. Demonstranten in der muslimischen Welt aber zugleich zur Gewaltlosigkeit ermahnt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte am Montag in Berlin, sie könne die Verletzung religiöser Gefühle zwar nachempfinden. Gewalt sei aber nicht akzeptabel und dürfe kein Mittel der Auseinandersetzung sein.

Ähnlich äußerte sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Der Minister wandte sich gegen vereinzelt geäußerte Forderungen, die diplomatischen Beziehungen zu jenen Ländern abzubrechen, in denen Botschaften verwüstet wurden.

Das Bundesinnenministerium teilte mit, die Sicherheitslage in Deutschland sei unverändert. Es gebe keine Hinweise auf ähnliche Fälle in Deutschland. Dagegen hält Beckstein angesichts der Unruhen

im Nahen Osten Terrorakte auch in Deutschland für möglich. Entsprechende Warnungen seien keine Panikmache.

FDP-Chef Guido Westerwelle forderte die Bundesregierung auf, „sämtliche finanzielle Zuwendungen an Länder, die derartige Ausschreitungen gegen europäische Botschaften billigen oder vielleicht sogar daran mitwirken, in Frage zu stellen“. Die Grünen riefen zu „Besonnenheit statt Kulturkampf“ auf. Die Pressefreiheit müsse auch um den Preis von Geschmacklosigkeiten verteidigt werden, sagte die Parteivorsitzende Claudia Roth. Aus dieser Freiheit erwachse aber auch Verantwortung. Extremisten in der islamischen Welt hätten die Karikaturen als willkommenen Anlass zu völlig inakzeptabler Gewalt genommen.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt appellierte an die Medien, auf weitere Abdrucke der

Karikaturen zu verzichten. Der UNESCO-Experte für Kulturen und Menschenrechte an der Universität Bremen, Hans Jörg Sandkühler, nannte die Veröffentlichung der Karikaturen einen „schweren Fehler“. Er halte sie für eine „bewusste Provokation auf dem Hintergrund einer besonders in Dänemark wachsenden Fremdenfeindlichkeit.“

Bombenalarm bei „France Soir“

Wegen eines Bombenalarms ist die Redaktion des Pariser Boulevardblattes „France Soir“ am Montag evakuiert worden. Das berichteten Journalisten der Zeitung, die am vergangenen Mittwoch die umstrittenen dänischen Mohammed-Karikaturen als erste in Frankreich nachgedruckt hatte. Das Gelände sei von der Polizei abgeriegelt worden, Suchhunde seien im Einsatz, hieß es. ▶ Seite 2

UNO untersucht deutsche Schulen

Berlin (dpa) - Die UN-Menschenrechtskommission lässt jetzt durch einen Sonderberichterstatter das deutsche Bildungssystem untersuchen. Dies erfuh die dpa am Sonntag, Deutschland waren mit dem weltweiten PISA-Test schwere Versäumnisse bei der Chancengleichheit in der Bildung und der Förderung von Migrantenkindern bescheinigt worden. Der Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, der beim Büro des Hohen UN-Kommissars zur Wahrung der Menschenrechte angesiedelt ist, startete am 13. Februar seine Deutschlandreise.

USA fordern NATO und EU zu mehr Hilfe für Darfur auf

München (dpa) - Die USA haben die NATO und die EU aufgefordert, ihre Hilfe für den Einsatz der Afrikanischen Union (AU) in der westsudanesischen Krisenregion Darfur deutlich zu erhöhen. Der stellvertretende US-Außenminister Robert Zoellick warnte am Sonntag bei der Sicherheitskonferenz in München vor „theologischem Streit“ der beiden Staatenbündnisse um die Frage, wer für einen solchen Einsatz zuständig sei: „Ich hoffe, dass die Europäer das Ganze nicht problematisieren.“ Die EU und die NATO sind bisher mit getrennten Hilfeinsätzen in Darfur aktiv.

Die von der AU in Darfur eingesetzten rund 7000 Soldaten brauchen dringend Hilfe bei der Planung und der Versorgung der Truppen. Schon am Samstag hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beklagt, dass die Lage in

70 Prozent der Eintrittskarten für Olympia verkauft

Turin (dpa) - Kurz vor Beginn der Olympischen Winterspiele in Turin sind offiziellen Angaben zufolge 70 Prozent der Ein-



trittskarten verkauft. 700 000 von einer Million Tickets seien abgesetzt, teilte das Olympia-Organisationskomitee am Samstag mit. Die Einnahmen belaufen sich auf etwa 60 Millionen Euro. Allerdings seien nach wie vor einige Hundert Karten für die Eröffnungsfeier am Freitag (nach Redaktionsschluss) zu haben - und zwar in den Preisklassen von 250 bis 850 Euro.

Alles über Olympia... Seite 9

Iran setzt im Atomstreit weiter auf Diplomatie

Teheran (dpa) - Ungeachtet der Einschaltung des UN-Sicherheitsrats setzt Iran weiter auf Verhandlungen zur Lösung des Atomstreits. Das erklärte Außenamtssprecher Hamid-Resa Assefi vor Journalisten in Teheran. Der Verhandlungsweg sei weiter offen, auch für eine eventuelle Urananreicherung in Russland. Der stellvertretende iranische Chefunterhändler Dschawid Vaidi hatte zuvor noch erklärt, wegen der Einschaltung des Weltgremiums durch die Internationale Atombehörde IAEA sei „der diplomatische Prozess gestoppt“. ▶ Seite 2

Viele Deutsche würden für einen Arbeitsplatz auswandern

Berlin (dpa) - Aus Angst vor dauerhafter Arbeitslosigkeit denken viele Deutsche über Auswanderung nach. Knapp drei Viertel (71 Prozent) der Deutschen würde laut einer am Montag veröffentlichten, repräsentativen Umfrage lieber im Ausland arbeiten, als auf Arbeitslosigkeit und Hartz IV angewiesen zu sein. 56 Prozent der Befragten überlegen ernsthaft, für immer oder auf längere Zeit ins Ausland zu gehen, wenn sie in Deutschland keine Arbeit finden. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hatte im Auftrag von „stern-TV Reportage“ 1009 Erwachsene befragt. Als mögliches Ziel wurde vor allem das deutschsprachige Ausland (63 Prozent) genannt. Knapp die

Halfte der Befragten (48 Prozent) würden nach Frankreich, Spanien oder Italien auswandern. Die skandinavischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden kommen für 42 Prozent der Befragten in Betracht. Auch die USA und Kanada (39 Prozent), Irland und Großbritannien (35 Prozent) sowie Australien (29 Prozent) wurden genannt.

Diejenigen, die nicht im Ausland arbeiten wollen, begründeten ihre Entscheidung meist mit dem Partner oder der Familie (68 Prozent) sowie dem sozialen Umfeld (47 Prozent), die sie nicht verlassen wollen. Für 23 Prozent der Befragten dieser Gruppe wäre der organisatorische Aufwand zu groß.



Demonstranten in Teheran verbrennen deutsche Flagge. Foto dpa

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY FEB. 11, 2006